

« Europa – am Ende des Lateins - oder? »

1.  
Einführung

Aus übereinstimmender Sicht aller Beobachter war 2016 für Europa kein gutes, ja ein schlimmes Jahr. Die Prognosen für 2017 scheinen kaum weniger düster – Schicksalsjahr ? Neubeginn oder Anfang vom Ende ?

Dabei wird Europa seit einem Jahrzehnt im Krisen-Management-Modus geführt - auf Ebene der Staats- und Regierungschefs, assistiert von den Finanzministern.

Aber immer noch scheint kein Ende der Krise in Sicht, im Gegenteil !Viele werden den Eindruck nicht los, die Lage scheint unverändert ausser Kontrolle und dass Unsicherheit, ja Angst eher noch wachsen.

Erinnern wir uns an die drei « Krisen-Wellen », die uns bis heute verunsichern und in keiner Weise erledigt sind:

Zunächst

- die Bankenkrise, importiert von aussen, sie legte aber schonungslos die Schwächen unseres « Systems » zu Tage ;
- die Wirtschafts- und Finanzkrise : im Grunde zunächst nicht eine Euro-Krise, sondern vielmehr eine Krise zu hoher Verschuldung einzelner Länder bzw. deren « Wirtschaftsmodelle » - siehe Irland, Portugal, Spanien, Griechenland oder Italien.

Dann die Rückkehr der « Geopolitik »

- Die gravierende Fehleinschätzung der Amerikaner und Europäer in bezug auf die Entwicklung der Ukraine – und vor allem in bezug auf Russland
- die Zuspitzung im Mittleren Osten als Folge politisch verfehlter, missglückter Interventionen der Amerikaner, wie dann auch der Franzosen und Briten im Irak bzw. in Libyen, und der sich daraus ergebenden Akzentuierung des Konflikts in Syrien ;

- damit auch zusammenhängend die vornehmlich europäische Misinterpretation der « Arabellion », irrtümlich für einen « arabischen Frühling » gehalten ;
- die Wiederkehr von Terrorismus : Al Quaida bzw. IS und deren « Spielarten » mit Auswirkungen bis hin in den Sahel-Gürtel und in das Herz Europas ;
- die Schwierigkeiten im Umgang mit der Flüchtlingswelle, die nur höchst schwierig kontrollierbar erscheint und unsere Schwächen schonungslos aufdeckt.

Und zuletzt

- die Entwicklung in der Türkei nach oder besser schon weit vor dem gescheiterten Putsch-Versuch
- « Brexit » - das missglückte Referendum im Vereinigten Königreich
- Die neuerlichen Debatten um die Konsequenzen der Globalisierung, insbesondere um den Freihandel, vornehmlich um TTIP, gewürzt durch das Intermezzo um CETA, das Abkommen mit Kanada, das wahrscheinlich beste Handels- und Investitionsabkommen, das die EU je abgeschlossen hat.
- Die zunehmende Verunsicherung in Europa um Referenden und Wahlen in einzelnen Ländern mit dem Aufstieg populistischer, nationalistischer Strömungen und Parteien (siehe Ö, ITA) ;
- oder jetzt die Unsicherheit nach der Wahl von Donald Trump in den USA mit seinem Slogan « America first » in einer Wahl gegen das politische Establishment unter dem Vorzeichen « 68 – mit umgekehrten Konsequenzen ».

2.

### Wo steht Europa heute ?

Heute steht Europa wirtschaftlich und konjunkturell unverändert auf recht unsicheren Füßen, die Arbeitslosigkeit hat kaum abgenommen, die Welt der Finanzen, die Bankenszene bleiben, nicht nur in Italien, sondern auch in Deutschland mehr als verunsichert.

Die EZB versucht dem hoch volatilen Finanzmarkt wie der bislang zu niedrigen Inflation beizukommen. Ihr Vorgehen ist und bleibt umstritten. Sie schlüpft nolens volens zum Teil aufgrund der Abwesenheit von Politik in deren Rolle !

Sie jedoch als « politisierte Zentralbank » (so Stetzner, FAZ) zu bezeichnen, ist unsinnig, die Bundesbank war in ihren Glanzzeiten nicht weniger politisch – stattdessen würde ich gerne in der gleichen Tageszeitung lesen, wo sie – realistisch betrachtet - die besseren Alternativen, wirksamere und vor allem auch akzeptable wie durchsetzbare Rezepte ?

Hans Tietmeyer hatte recht mit seiner These unter Hinweis auf Nicolas Oresme (Bischof Lisieux im 14. Jhrt), die Politik habe in der Währungspolitik im Grunde nichts zu suchen – im Grundsatz ja, aber beide Bereiche – Politik und Geld – können heute nicht im Vakuum getrennt voneinander operieren !

Es ist zudem die geopolitische Krise, die uns seither letztlich zunehmend verunsichert hat. Die Stichworte sind bekannt : Terrorismus, Flüchtlingswelle, Syrien – eine Mittelmeer- und Nahostregion aus den Fugen ; ein « gestörtes » Verhältnis zu Russland – ein neuer kalter Krieg ?

Die Verunsicherung um die Konsequenzen der amerikanischen Wahl kommen hinzu. Trump scheint weder Interesse an Europa geschweige denn Verständnis für uns zu haben. Was kommt da auf uns zu ?

Verabschiedet sich nach hundert Jahren aktiver Implikation in Europa der Garant von Freiheit und Schutzmacht, Wegbereiter der europäischen Integration ?

Man könnte daraus folgern, dass damit die traditionelle strukturelle politische Instabilität Europas wieder da ist – mit der Kernfrage der Suche nach Dominanz zur Herstellung von Stabilität.

Dies scheinen plötzlich andere Akteure besorgen zu wollen, neue « Allianzen » schälen sich heraus, wie jüngst das Trio Russland – Iran – Türkei in Sachen Syrien – bei Abwesenheit der USA und von Europa !

All diese Krisen verlangen an sich handlungsfähige Regierungen, angesichts der Tragweite der Herausforderungen gestützt auf eine möglichst breite Mehrheit, ja einen Konsens – das scheint in vielen Staaten eine Illusion zu sein !

Einerseits scheint es an politischem « leadership » zu fehlen, andererseits sprechen viele heute zudem zu recht von einer Krise der Demokratie, der Staaten, der « governance » - Der Graben zwischen Politik und Bevölkerung, Politik und Wirtschaft wird tiefer und breiter.

Verunsicherung, ja Angst über eine Lage, die ausser Kontrolle scheint, Höchststrafe für jeden Politiker oder Manager. All dies verstärkt den Hang, den Reflex zu Protektionismus, zu Populismus, zur Rückkehr zu Nationalismus.

Und wir stehen in Europa vor einem typischen Jahr mit Wahlen in Schlüsselländern, daher auch die mediale Überhöhung zum Schicksalsjahr !

Es beginnt mit der Wahl des künftigen Präsidenten des EP, einem eher traurigen Kapitel, das weniger mit Politik denn mit Eitelkeiten zu tun haben scheint.`

Die italienische Regierung ist wie immer am Abgrund, aber bislang noch nie gefallen ! Man hat Mannschaften ausgewechselt ! Italien, seine Finanzwelt wackelt, steht nicht solide, MP Gentilone wird alles daran setzen, Neuwahlen – aus Angst vor Pepe Grillo so lange wie möglich zu vermeiden. Italien wird alles tun, sich – wie so oft – durchzumogeln und Fehler bei anderen suchen.

Am 15. März folgen die Niederlande – und alle Meinungsumfragen spekulieren nur noch über die Höhe des Sieges der rechten PVV unter Wilders. Es schwierig sein, gegen ihn eine Regierung zu bilden, doch die klassischen Parteien werden alles tun, es ohne ihn zu schaffen !

Frankreich steht im Grunde im Mittelpunkt des Interesses aller : 23.April und 07. Mai Präsidentenwahl, dann vier Wochen später folgt das Parlament ..... Wird das Land nach zehn und mehr verlorenen Jahren die Kurve bekommen ? Jedenfalls wird es im Juni eine neue Führung haben - und die Hoffnung iauf Veränderung, ja vielleicht einen Neuanfang st real !

In Deutschland beginnt der « Wahlzirkus » im März (Saarland), dann am 14. Mai in NRW und anderen Bundesländern. Die Bundestagswahl wird am 24. September folgen, eine neue Regierung wird es dann erfahrungsgemäss vor Weihnachten geben !

Über die aktuellen hinaus haben wir vielleicht zwei Problemkomplexe, lange nicht ernst ernst genug genommen :

Einerseits die Konsequenzen der Globalisierung, die – zusammen mit dem Internet, der Digitalisierung (« world in time ») – zunehmend Angst macht. Was ist darin noch unsere Zukunft ? Nur Dienstleistung oder auch/und Industrie ? Wie sollen Handels- und Investitionsbedingungen künftig aussehen ? Heben Internet und soziale Netze unser bisherigen inneren demokratischen Systeme aus den Angeln ? Welche Rolle hat der Verbraucher - « gläserner Mensch » ?

Andererseits die Konsequenzen der europäischen « Revolution » des Jahres 1989/90 – seither suchen die grossen D, F, UK ihren Platz und Rolle.

Deutschland der « reluctant hegemon » - der widerwillige, zögerliche Hegemon, oder derjenige, der das am liebsten nicht will, aber in diese Rolle geschoben wird – und der von den Partnern mehr und mehr als « Besser - Wessi » empfunden wird und leicht daneben langt - zusammen mit Brüssel bequemer und verlässlicher Sündenbock ?

Die europäische Krisen- und damit Veränderungs- und Reformagenda ist eindrucksvoll, ja bedrückend, die europäischen Regierungen kommen mühsam voran, sie scheinen sich « durchzuwurschteln », « man fährt auf Sicht », pragmatisch-kurzfristig.

Wir scheinen zudem die Fähigkeit zur Aussenpolitik verloren zu haben – mit andern zu sprechen, zuzuhören, seine Perzeption zu begreifen, mit ihm bei allen Differenzen tragfähige Lösungen zu suchen.

Kompass und Vision scheinen abhanden gekommen zu sein ! Auch wenn gerade in einer solchen komplexen Herausforderung auch eine grosse Chance zur Erneuerung und Korrektur liegt !

3.

Aus Gründen der Aktualität möchte ich auf zwei der Risiko-Faktoren näher eingehen : « Brexit » sowie die US-Wahlen – beide Ereignisse sind zum Teil symptomatisch für « unsere » eigene Krise !

#### « Brexit »

Als ob wir in Europa nicht genug Probleme am Halse hätten, kommt « Brexit » hinzu, ein « Luxus », den wir uns – weder die Briten noch wir - in der jetzigen Lage an sich gar nicht leisten können.

Es ist ein Thema, das natürlich in erster Linie das Vereinigte Königreich selbst tiefer treffen wird als viele heute denken, das aber auch dem « Kontinent » Schwierigkeiten bereiten könnte.

Es wurde allenthalben ein positiver Ausgang des Referendums erwartet, das Volk machte das Gegenteil – London verstand einfach nicht, was man im « Rest » der Insel dachte. Eine tiefe Kluft zwischen den Eliten des Landes und dem Volk !

Ratlosigkeit in London – was tun ? London scheint langsam aus einem bösen Traum zu erwachen !

Die Stichworte sind bekannt : « Hard, soft, flexibles Brexit oder etwa am Ende kein Brexit ?

In zwei « inner circles » hatte ich die Chance, das Referendum von der Vor- bis hin zur Nachbereitung zu begleiten und intern zu diskutieren. Ich war nicht gerade « amused » wie die Briten zu sagen pflegen.

Auch sechs Monate nach dem Referendum gibt es weder eine Strategie noch einen Kompass oder Rezept seitens der britischen Regierung. Die Regierung May, Gefangene des rechten Flügels der Konservativen, sucht wie ein Blinder nach dem Erfolgsrezept, tastet sich mühsam voran und wird intern von einer Überraschung in die nächste gejagt.

Dies beginnt mit der Frage der Behandlung des – ganz en passant entmachteten – Parlaments. Es spricht einiges dafür, dass der Supreme Court Mrs. May dazu anhalten wird, im März 2017 für die Verhandlungen mit der EU ein Mandat des Parlaments einzuholen – für die Eröffnung der Verhandlungen ist das kein Problem, aber für den Abschluss könnte es entscheidend sein!

Brexit wird wohl kommen, eher ein « hartes » denn ein « weiches », rechnen wir bitte nicht mit einem Verzicht oder einer Schweizer-Lösung, einem neuen Referendum. Und ich rechne mit einem « harten » Brexit !

Wir, aber vor allem die Briten selbst, sind am Beginn einer Periode der Unsicherheit, des Übergangs zu einem etwas gänzlich neuen von 5 – 10 Jahren, 2 Jahre Verhandlungen über ein Rahmenabkommen und dann den Übergangs- und Interimsmassnahmen bis zur « neuen Lage ».

Grundlage und zugleich schwierigster Ausgangspunkt für die Verhandlungslinie von Mrs May wird die « Einheit » des Vereinigten Königreiches darstellen.

Eine Quadratur des Kreises ? Anders ausgedrückt : Wie kann ich verhindern, dass aus dem « Brexit » eine Sezession von Schottland und Nordirland erwachsen ? Eine Frage mit enormer Sprengkraft !

Schottland : Erinnern wir uns an das Referendum vom September 2014 : 55,3% « remain », 44,7% « leave » - und jetzt bei Brexit ein deutliches « Ja » zur EU ! Die Schotten werden ihre Interessen unmissverständlich wahrnehmen, aber keine Alleingänge starten. Vergessen wir nicht, bereits das Referendum vom September 2014 erfolgte im Einvernehmen zwischen Edinburgh und London !

Nordirland : Das Friedensabkommen des « Good Friday » liegt 18 Jahre hinter uns, es ist hoch sensibel geblieben, die Grenzen zwischen Irland und Nordirland sind seither offen. Gehen wir auf neue Auseinandersetzungen zwischen Katholiken und Protestanten zu und/oder auf ein Referendum nach « Wiedervereinigung » der grünen Insel ?

Interessant dafür die Entwicklung in Spanien um das Bestreben um die Unabhängigkeit Kataloniens – dort scheint man im Lichte der Nachrichten von der Insel vorsichtiger zu werden. Die Basken haben das Thema derweil zu den Akten gelegt, sie meinen es ernst mit einem spanischen « Föderalismus »!

Entscheidendes Kapitel der Verhandlungen wird die Wirtschaft sein.

Bislang scheint das VK wirtschaftlich kaum betroffen. Die Wirtschaftslage hält sich, allein der Verbraucher ist unzufrieden über das Absinken des Wechselkurses des Pfundes um 15%. Alle Kenner sagen indes, dies werde noch erheblich weiter gehen!

Die (noch vorhandene) Rest-Industrie sagt der Regierung allerdings in aller Offenheit : Ohne Absicherung der Exporte keine Investitionen, kein Verbleib auf der Insel - so Japaner, Chinesen, Deutsche.

Was müsste daher die richtige Verhandlungsstrategie sein ?

Am besten wäre es, wenn letztlich wirtschaftlich alles beim alten bliebe, das Vereinigte Königreich sich wie Norwegen oder die Schweiz den vollen Zugang zum Binnenmarkt sichern würde, einschliesslich der Finanzdienstleistungen (« freie Fahrt für den Bankenplatz London »), aber – so die Konservativen – mit einer Sonderregelung für die Freizügigkeit für Personen ! Eine solche Regelung halte ich für möglich, aber dahinter steckt und wird viel Taktik auf beiden Seiten stecken !

Die Antwort der Europäer darauf ist ebenso klar : nein zum Rosinenpicken (damit ja kein anderer auf die gleiche Idee kommt) – Unter den Umständen begnügt Euch mit dem einfachen Freihandel oder einem Abkommen auf Grundlage der WTO-Regeln !

Für den stolzen Briten wäre das eine Demütigung ! Er muss die Wiederzulassung zur WTO beantragen und Handelsabkommen mit 140 Ländern neu abschliessen, alle diese Abkommen müssen jeweils ratifiziert werden. Dies wird Jahre in Anspruch nehmen !

Leider hat ein Euroskeptiker den Konservativen insoweit Sand in die Augen gestreut – Martin Howe hat für seine Freunde eine « Bibel » geschrieben, wonach alles sehr einfach und positiv sein wird.

Auch die Londoner Finanzszene wird einige Federn lassen – Banken werden ganz nüchtern vorgehen, sie werden sich anderer Niederlassungen in der EU bedienen oder aber neue eröffnen.

Und eines kommt hinzu : das Vereinigte Königreich wird sich in den kommenden Jahren wirtschaftlich-finanziell « neu erfinden » müssen !

Die Versuchung wird stark sein, ein attraktives Steuerparadies aufzubauen – wer aber finanziert alle diese Zusatzlasten ? Der britische Finanzminister wird demnächst zum « schwarzen Schaf » aller, er ist es im Grunde jetzt schon, da er an allen Ecken die Euphorie bremst !

Die jüngsten Meldungen über seine Haushaltsplanung unterstreichen das britische Dilemma – das Vereinigte Königreich wird erheblich mehr Schulden machen müssen (ca 4 % BIP).

Fügen wir noch ein Kapitel hinzu : das künftige Verhältnis zum Kontinent, vor allem zu Frankreich und Deutschland, in Sachen Aussen- und Sicherheitspolitik ! Ein « offshore balancer » wird es weitaus schwerer haben als ein Gleichgewichtsfanatiker, der am Tisch sitzt !

Wie viele andere suche ich einen eleganten, sinnvollen Ausweg, wohl eher ein Traum : vielleicht wachen wir 2019 auf und lernen ein neues Vereinigtes Königreich kennen, nennen wir es « UK light », in dem England, Wales, Schottland und Nordirland unterschiedliche, ja eigene Wege gehen – genau wie schon heute im Fussball !

Warten wir es also ab !

### Die amerikanischen Wahlen

Es ist trotz erster Hinweise und Weichenstellungen zu früh, um substantiell darauf reagieren zu können. Doch eine erste kurze Analyse möglicher Konsequenzen sei erlaubt.

Es war eine Wahl gegen das politische Establishment - « good for business, change, hate Hillary » , eine Art « 68, aber mit einem Ruck nach rechts und Richtung « America first » !

Das US-System hat in den letzten 100 Jahren alle Typen von Präsidenten überlebt, es scheint aber vornehmlich aus zwei Gründen erschüttert :

Einerseits der « middle class squeeze » : eine vornehmlich weisse untere Mittelklasse, die steuerlich zu stark unter Druck gesetzt worden ist, sich als Verlierer fühlt und die sich jetzt wehrt. Auch wir in Europa sind nicht « frei » von diesem Phänomen, - siehe Frankreich, UK oder Deutschland !

Andererseits das Unvermögen des Staates, grundlegende Reformen durchzusetzen - « sophisticated state failure » - « the system functions, but nothing gets done » ! Auch hier sind wir nicht weit von den USA.

Jedenfalls wird sich Trump als oberster « Wut-Bürger » auf die innenpolitischen Probleme konzentrieren. Dies gilt dem Thema Einwanderung, der Schaffung, dem Zurückholen von Arbeitsplätzen, daher das Bemühen um ein Konkurrenz-Programm à la Reagan und Roosevelt, eine Klientel-Politik – und eine ganz andere Handelspolitik « America first » ! Hier muss er liefern !

Für ihn gilt selbstverständlich « Klappern gehört zum Handwerk », trotzdem wird er uns wohl zumindest im ersten Jahr auf Trab halten !

Die Mannschaft steht, manche Kandidaten der neuen Mannschaft haben erstaunt, sie sind aus Sicht meiner « US-Informanten » zumeist logisch und gar nicht so schlecht, wie manche Kommentatoren meinen – im Gegenteil !

Für uns bedeutet dies die Erwartung, dass wir uns in Europa mehr um uns, um unsere eigene Stabilität und Sicherheit kümmern müssen (2% BIP für die äussere Sicherheit). Wir müssen in gewisser Weise auf die stabilisierende Macht USA verzichten und das selbst übernehmen.

Sind wir in Europa dazu bereit ? Diese Frage wird sich vor allem uns Deutschen stellen - Zweifel seitens der Partner sind mehr als verständlich !

Und sollten wir nicht parallel auf Trump zugehen und ihm klar machen, wie wir uns das künftige Verhältnis vorstellen ?

4.

#### Die Zukunft der EU

Die EU, die in den letzten Jahren mehr denn je zum bequemen Sündenbock für alle negativen Entwicklungen geworden ist, braucht einerseits Konsolidierung, Wiederherstellung eines Minimums an Kohäsion nach Innen. D.H. die EU braucht in Wahrheit Geduld und Zeit !

In diesem Sinne war die Agenda der Regierungschefs von Bratislava ein erster Schritt in die richtige Richtung, andere werden folgen müssen.

Es gilt – frei nach Obama - das Prinzip « strategischer Geduld » : die Wahlen in F und D abwarten und Ende 2017/Anfang 2018 prüfen, welche wichtigen, grösseren Schritte man zusammen gehen kann. Der Wahlkalender sollte uns nicht von der Arbeit an der road map abhalten !

Entscheidend für die Zukunft der EU wird sein, wie sie mit Fragen der Inneren und Äusseren Sicherheit, mit ihrer Nachbarschaft im Osten und Süden, und wie sie mit der « wirtschaftlichen Selbstbehauptung » umgehen wird !

Ich denke einerseits bewusst an Fragen der polizeilichen Zusammenarbeit « Europol », an Frontex, an eine wesentlich engere Zusammenarbeit der Armeen hin in Richtung auf eine Europäische Armee bzw. einen « europäischen caucus » in der NATO, an das Verhältnis zu den Nachbarn, zu Nordafrika, zu Afrika insgesamt, zu Russland, zur Türkei bzw dem Iran.

Und selbstverständlich andererseits an die wirtschaftlich-politische « Selbstbehauptung » Europas in einer Weltwirtschaft, in der die Konkurrenz zunehmend härter und schärfer wird.

Diese Agenda klingt einfach, sie ist jedoch in Wahrheit anspruchsvoll! Wesentlich ist es dabei, Effizienz und Lösungskompetenz zu beweisen und zugleich verlorenes Vertrauen wieder zu gewinnen !

Lassen Sie mich zu dieser grundlegenden Frage nur einige Gedanken, wohl verbunden mit einigen Tabu-Brüchen, erläutern :

#### 4.1. Erstens :

Der Beweis von Effizienz und Lösungskompetenz kann nur dann gelingen, wenn sich die EU künftig auf das wesentliche konzentriert. Was sind aber die « Essentials » ? Wenn man einfach jeden bittet, sein wichtigstes Thema aufzulisten, dann wird die Liste schnell zu lang !

Daher meine Aufforderung an Mitgliedstaaten, Kommission und EP : Jeder für sich sollte diese Bereiche verständlich benennen und hinzufügen, welche Bereiche, Verordnungen und Richtlinien sofort ersatzlos gestrichen werden und an die Mitgliedstaaten zurückgegeben werden sollten ! Die Kommission hat einige Vorleistungen erbracht, jetzt sind die Mitgliedstaaten an der Reihe !

Diese Debatte sollte im Lichte einer Ausarbeitung geführt werden, die der wissenschaftliche Dienst des EP vor einiger Zeit vorgestellt hat – über die Kosten des Nicht-Europa !

Das EP hat es bis heute nicht für notwendig gehalten, darüber eine Woche echter Plenardebatte zu führen, stattdessen hat es zunehmend an Linie und Glaubwürdigkeit verloren. Der Streit um die Aufteilung der Präsidentschaft scheint wichtiger zu sein als inhaltliche Arbeit.

#### 4.2. Zweitens :

In diesem Zusammenhang müsste endlich eine zweite Diskussion geführt werden, und zwar über unser Verständnis von « nationaler Souveränität » !

Ein hoch brisantes Thema für alle, gerade für uns Deutsche nicht zuletzt angesichts der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, aber auch für die Franzosen und andere. Die Ablehnung weiterer Abgabe von Souveränität an « Brüssel » ist heute weit verbreitet.

Nur : Was ist unser heutiges Verständnis von Souveränität ? Gibt es nicht bestimmte Bereiche, wo wir unsere Kräfte bündeln müssen, um effektiv und effizient Souveränität auszuüben ? Beispiel – Polizei im Kampf gegen das internationale Verbrechen, Terrorismus oder Schutz der Aussengrenzen !

Muss dies unbedingt « Abgabe » an Brüssel bedeuten oder sollten wir nicht nach einer neuen Form der Bündelung suchen, eine Art gemeinsame Ausübung, statt sofort in das klassische ideologische Grundraster « Vergemeinschaftung » oder « zwischenstaatliche Zusammenarbeit » zu fallen?

#### 4.3. Drittens :

Effizienz und Lösungskompetenz muss auch an « Legitimität » denken ! Mir ist erst in den vergangenen Jahren mehr und mehr bewusst geworden, dass die Legitimität des EP beschränkt ist und bleiben wird.

Wir sollten, auch wenn es dadurch komplexer wird, die nationalen Parlamente stärker in die Verantwortung einbeziehen ! Wie ? Zusätzlich oder anstelle der nationalen Instanzen eine zweite Kammer für bestimmte Bereiche mit bestimmten Mehrheitsregeln ?

#### 4.4. Viertens :

Effizienz und Lösungskompetenz muss auch bedeuten, dass man das Wort « Subsidiarität » endlich ernst nimmt und es zu Ende denkt. Ich meine die Priorisierung regionaler, ja auch kommunaler Zusammenarbeit.

Warum sind zum Beispiel Frankreich und Deutschland nicht in der Lage, die Grenzregionen zu ermutigen, in bestimmten Bereichen wie Verkehr, Transport, Infrastruktur, Hochschulen und Forschung, Gesundheitswesen, Arbeitsverwaltung ihre « Souveränität » gemeinsam auszuüben und – von Brüssel anerkannt und besonders gefördert – ein europäisches Labor bzw. eine Modellregion - « Europa im kleinen » zu werden ?

#### Zu den grossen Sachthemen :

#### 4.5.

« Innere Sicherheit » einschliesslich « Immigration, Asyl und Flüchtlinge » - an sich ein abendfüllendes Thema - wird zur Zeit « dank » Terrorismus und Konflikten in der Nachbarschaft wieder entdeckt.

In Wahrheit haben wir über 25 Jahre verloren – Helmut Kohl hatte die entsprechenden Vorschläge in den Jahren 1988 und 1991 auf den Tisch gelegt, sie scheiterten an der Engstirnigkeit von nationalen Bürokratien.

Aber auch heute geht es in Wahrheit noch viel zu zögernd voran, war es damals der Ressort-Egoismus so sind heute der gut gemeinte Datenschutz wie auch das Eigenleben der verschiedenen Dienste unser bester Feind !

#### 4.6.

Auch in Bezug auf die « gemeinsame äussere Sicherheit » ist Bewegung entstanden. Auch hier ist es an sich nicht besonders schwierig, zumindest unter denjenigen, die dies wollen, eine gemeinsame « road-map », einen Arbeitskalender zunehmend engerer Zusammenarbeit für die nächsten Jahre zu entwickeln.

Diese müsste die Gemeinsamkeiten weiter entwickeln, von der gemeinsamen Aufklärung, Planung, Führung in bestimmten Bereichen, bis hin zu gemeinsamer Ausrüstung und Einheiten – und selbstverständlich einem gemeinsamen Verständnis über den Einsatz und den Export von Ausrüstung! In Wahrheit haben wir alle keine andere Wahl !

Am Ende eines solchen Prozesses könnten dann die Staats- und Regierungschefs der beteiligten Länder entscheiden, ob sie noch einen Schritt weitergehen und eine gemeinsame europäische Armee schaffen.

Die Regierung Trump bedeutet hier einen erneuten « Weckruf » seitens unserer amerikanischen Freunde – sie wir hoffentlich dazu beitragen, diesen Weg zu beschleunigen !

All dies ist keine Politik zur Schwächung der NATO, im Gegenteil, wir kümmern uns um unsere Belange – und die Amerikaner werden uns hoffentlich dabei auch in Zukunft die politisch-militärische Absicherung liefern !

4.7.

Ein Wort zur Aussenpolitik – von einer gemeinsamen Politik sind wir weit entfernt, vielleicht weiter als wir dies in der Zeit um Maastricht waren. Damals war sich eine breite Mehrheit über vitale Interessen und Prioritäten einig !

Unsere Aussenministerien scheinen in der Angst vor Brüssel, vor einer « Enteignung » einig zu sein, sie tun sich schwer mit mehr Gemeinsamkeit und laufen hilflos hinter der Entwicklung her.

Aber warum sind wir nicht einmal in der Lage, jeweils den besten Kenner unter uns mit einer bestimmten Frage, einem bestimmten Konflikt zu betrauen ? Das kann ein einzelner Mitgliedstaat sein, eine Gruppe, das kann aber auch Brüssel sein.

Ein zudem dringendes Beispiel stellt die Lage auf dem Balkan dar – und unsere fehlende kohärente politische Linie – ist uns zuletzt im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise mehr als deutlich geworden.

Und warum sind wir nicht in der Lage, eine neue, eine gemeinsame Entwicklungspolitik, insbesondere eine Afrika-Politik zu entwickeln, eine Politik, die unsere Kräfte in Sachen Entwicklung, Handel, Sicherheit bündelt ?

4.8.

last, but not least : die « Selbstbehauptung » Europas in einer globalisierten multipolaren Welt ist für mich das Schlüsselwort in Sachen Wirtschaft.

Und da gibt es zunächst für mich ein europäisches Grundproblem – eine Mischung aus Bürokratie, Überregulierung, verdecktem Protektionismus und mangelndem Verständnis für unsere vitalen Interessen.

Dies betrifft die Entfaltung der Wirtschaft auf allen Ebenen wie auch den Schutz unserer Interessen nach aussen.

Es betrifft vor allem unseren französischen Nachbarn, aber auch uns selbst ! Kehren wir vor unserer eigenen Haustür. Ein Beispiel sei genannt. Ich bin kein Gegner der angestrebten « Banken-Union » in EU-Europa, im Gegenteil.

Ende November traf ich in Berlin zwei hervorragende Kenner unseres Bankensystems. Deren Analyse über Rolle und Zukunft des Bankensystems angesichts einer überbordenden und in sich oft widersprüchlichen Regulierung war für mich bestürzend.

Deren übereinstimmendes Fazit : Eine bessere Regulierung war im Lichte der Bankenkrise notwendig, nur heute scheinen die Banken weder in der Lage, das Gestrüpp sich aus verschiedenen Quellen häufender, aber in sich widersprüchlicher « Compliance »- Vorschriften und Massgaben noch einigermaßen nachzuvollziehen geschweige denn ihre Aufgabe der Versorgung der Wirtschaft mit Krediten zu erfüllen !

Wirtschaft braucht Handlungsfähigkeit und Vertrauen, eine zumindest mittelfristige Sicherheit – sie will und muss wissen, welches die Rahmenbedingungen zur Sicherung ihrer europäischen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit sind.

Dies betrifft die « Strukturen », in denen Wirtschaft operiert - sprich Steuern, Abgaben, Bürokratie, Löhne, Pensionen, Verhältnis zu Gewerkschaften, aber auch den Binnenmarkt, die internationale Offenheit. Und unsere deutsche Wirtschaft ist als exportorientierte Wirtschaft insofern abhängiger als andere in Europa.

Achtung – wir sollten uns Gedanken machen, ob unsere Exportabhängigkeit nicht inzwischen zu stark geworden ist und sie uns zum Nachteil gereichen könnte ? Dies zumal es Anzeichen einer Abschwächung des Exports gibt ! Gibt es einen Plan « B » ?

Daher sind für die Wirtschaft die Themen USA, Asien und zukünftig auch Afrika wesentlich. Die Vorgänge um CETA wie wohl um TTIP, aber auch Streitigkeiten mit China oder die Russland-Sanktionen bereiten daher schlaflose Nächte.

Das bedeutet für mich auch, dass die Wirtschaft, ob sie dies mag oder nicht, politischer Akteur ist und sich als solcher auch verhalten sollte ! Man nennt dies « corporate political responsibility ».

Für die Wirtschaft ist es besonders wichtig, dass die Grundparameter « zu Hause » - in Deutschland wie in Europa – in Ordnung sind. Das beginnt mit dem Euro, das umfasst den Binnenmarkt wie auch vergleichbare Wettbewerbsbedingungen auf dem « Heimmarkt ».

Dies bedeutet aber auch, dass wir Strukturreformen dort anpacken müssen, wo wir uns schwer tun – das betrifft zum Beispiel die Grundlagen digitalisierter Wirtschaft, wo viel geredet wird, aber in der Sache zu wenig passiert – das gilt zum Beispiel für das Thema Aus- und Fortbildung. Viele beneiden uns um das System der dualen Ausbildung, aber dies ist auch nur ein Teil des Ganzen.

In Europa ist es aufgrund all dieser Fragestellungen im Interesse aller mehr denn je notwendig, zumindest über vergleichbare Wettbewerbsbedingungen zu verfügen – und daraus folgt, dass wir uns mit den Franzosen ernsthaft über alle diese Fragen austauschen und auseinander setzen müssen – nicht mehr aneinander vorbeireden, sondern wirklich zur Sache diskutieren und das Machbare herausfiltern !

In vielen Fragen unseres europäischen Grundverständnisses – einschliesslich und vor allem in Bezug auf den Euro, die Eckpunkte der Wirtschafts- und Währungsunion bestehen heute Missverständnisse, ja auch ernste Divergenzen zwischen unseren Ländern. Höchste Zeit für ein echtes Nachdenken und ein « reset » !

Wir müssen uns ernsthaft darum kümmern, dem Euro die langfristige Sicherheit zu verleihen. Schritte rückwärts Richtung nationale Lösungen, Protektionismus gefährden ihn, daher müssen wir endlich einen Weg effizienterer « Begleitung » des Euro durch die Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Haushaltspolitik finden und sichern.

Wir brauchen in Wahrheit eine neue « konstruktive Koexistenz » zwischen der nationalen und europäischen Ebene ! Weder die Kommission allein schafft das noch ein EU-Finanzminister !

Brauchen wir nicht eine Art « Vorstand » oder « steering committee » als Koordinierungs- und Lenkungsorgan ?

Eine Debatte, die uns spätestens nach der Bundestagswahl entschieden fordern wird !

Der Streit über « Austerität » und « Keynes » führt dabei nicht weiter, genauso wenig die Versuche, spezifische Bereiche wie die Arbeitslosenversicherung, einzubeziehen, um den nationalen Haushalt zu entlasten. Militär- und Polizeiausgaben sollten hingegen in unseren Mess-Skalen unberücksichtigt bleiben !

Es ist richtig, Frankreich hat in allen Fragen der Wirtschafts-, Finanzpolitik einen erheblichen Reformstau und -bedarf. Ein schwaches Frankreich kann nicht in unserem – und erst recht nicht in europäischen Interesse sein !

Wir sind hier beide nicht exklusiv, sondern im Sinne des Ganzen gefordert !

5.

Die EU hat viele schwache Punkte, aber auch in vielen Feldern enorme Stärken ! Sie braucht sich nicht zu verstecken.

Dritte halten uns immer wieder vor, Europa ist und bleibt weltweit das grösste Projekt für Frieden, Demokratie und Wohlstand !

Die EU braucht mehr Mut, Zutrauen in die eigenen Fähigkeiten, eine gewisse Vision, einen klaren Kompass, mit Selbstvertrauen und Stolz kann sie anknüpfen an eine Erfolgsgeschichte von über 60 Jahren – sonst werden uns unsere Kinder zu recht vorhalten, wir hätten dies leichtfertig verspielt !

Das gilt auch und gerade für uns Deutsche ! Wir sind bisher mit und dank Europa gut gefahren. Europa ist Grundlage der deutschen Erfolgsstory.

Wir Deutsche müssen unsere Verantwortung als Führungsmacht ernst nehmen, uns nicht verstecken, offener an diese Komplexe herangehen. Dies betrifft die Aussen- und Sicherheitspolitik wie die Wirtschafts- und Finanzpolitik ! Aber bitte nicht nach dem Motto « Am Deutschen Wesen soll Europa, die Welt genesen » !

Helmut Kohl hat uns in den 90er Jahren vorgelebt, wie man dies macht – zu führen, ohne dass es ein anderer merkt bzw. dass diese es zudem begrüßen !

Geduld mit Europa brauchen wir, aber Kultur-Pessimismus oder Angst kann nicht unsere Antwort sein. Packen wir es endlich an – wir schaffen es, wenn wir es nur wollen !

-- Es gilt das gesprochene Wort --